

Fragen

**für die Fragestunde der 81. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Dezember 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Adam, Ulrich (CDU/CSU)	48, 49	von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	27, 28
Blank, Renate (CDU/CSU)	53, 54	Koppelin, Jürgen (FDP)	17, 18
Brunkhorst, Angelika (FDP)	42, 43	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	25, 26
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	7, 8	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	32, 33
Fahrenschon, Georg (CDU/CSU)	20, 21	Mayer, Conny (Baiersbronn) (CDU/CSU) ...	13, 14
Dr. Faust, Hans Georg (CDU/CSU)	1	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	58
Fischer, Hartwig (Göttingen) (CDU/CSU) ..	11, 12	Pau, Petra (fraktionslos)	22, 50
Friedrich, Horst (Bayreuth) (FDP)	44, 45	Pfeiffer, Sibylle (CDU/CSU)	15, 16
Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	51, 52	Pieper, Cornelia (FDP)	29, 30
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	23, 24	Piltz, Gisela (FDP)	40, 41
Gönner, Tanja (CDU/CSU)	9, 10	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	4
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	34, 35	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU) ...	59, 60
von und zu Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr (CDU/CSU)	19, 31	Sehn, Marita (FDP)	38, 39
Dr. Happach-Kasan, Christel (FDP)	36, 37	Spahn, Jens (CDU/CSU)	5, 6
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	2, 3	Türk, Jürgen (FDP)	46, 47
Dr. Jahr, Peter (CDU/CSU)	55	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	56, 57

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter
Dr. Hans Georg Faust
(CDU/CSU) Wie viele Vorhaben genießen seitens des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) oder eines von ihm beauftragten Dritten im Zusammenhang mit Förderungsanträgen neben dem in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Christoph Matschie, vom 6. November 2003 auf meine schriftliche Frage 64 auf Bundestagsdrucksache 15/2022 genannten Projekt ebenso eine „Priorität“ bei der Zuweisung von Fördermitteln, und in welcher Höhe werden durch diese „Prioritätszuweisungen“ Haushaltsmittel des BMBF gebunden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Befürwortet die Bundesregierung eine Zulassung von Zusammenschlüssen zwischen privaten Banken und öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, und wenn ja, welche Auswirkungen hätte eine Zulassung solcher Fusionen nach Auffassung der Bundesregierung auf die Zahl der Arbeitsplätze bei den fusionierten Kreditinstituten, insbesondere im ländlichen Raum?
3. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU) Befürwortet die Bundesregierung eine Lockerung des Regionalprinzips bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, und wenn ja, welche Auswirkungen hätte dies auf die Versorgung des ländlichen Raumes mit Bankdienstleistungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

4. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU) Trifft es zu, dass die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche bei Mädchen unter 18 Jahren seit 1996 von 4 724 auf 7 443 drastisch gestiegen ist, und dass davon rund 745 Abtreibungen auf 10- bis 14-Jährige

entfallen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diesen Trend zu stoppen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)

Aus welchem Grund hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die möglichen Transporte von Castorbehältern des Typs MTR-2 aus dem Forschungsreaktor Rossendorf bei Dresden für das Jahr 2004 nicht offiziell, sondern informell anlässlich eines „Gespräches“, das Mitglieder der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ in Berlin mit einem Ministeriumsmitarbeiter geführt haben (Bericht der Münsterland Zeitung vom 2. Dezember 2003), angekündigt, und wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung, sie habe damit unnötig Schärfe und Verunsicherung in die Diskussion gebracht?
6. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)

Unter welchen Umständen ist wann mit dem nächsten Transport von Castorbehältern aus dem Forschungsreaktor Rossendorf bei Dresden zu rechnen?
7. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)

Welche Lebensraumtypen beabsichtigt die Bundesregierung durch die Ausweisung des Seegebietes Borkum-Riffgrund als Natura-2000-Schutzgebiet zu erhalten, und welche Maßnahmen will sie zu diesem Zweck ergreifen?
8. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch eine in Abstimmung mit dem betroffenen Bundesland und den möglichen Nutzern des Seegebietes Borkum-Riffgrund erfolgte Bestimmung von Schutzziele und -maßnahmen eine dem Sinn der EU-Richtlinie „Natura 2000“ entsprechende Bereitschaft zum Naturschutz gefördert wird, und wie begründet sie ihre Haltung?

9. Abgeordnete
Tanja Gönner
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung aus dem „3. Monitoring-Bericht Bauabfälle“ vom 31. Oktober 2003 der Bauwirtschaft und den darin enthaltenen Warnungen bezüglich der Gefährdung des güteüberwachten Baustoff-Recyclings durch fehlende transparente und zuverlässige Rahmenbedingungen sowie durch überzogene umweltrelevante Anforderungen Konsequenzen ziehen, und wenn ja, welche?
10. Abgeordnete
Tanja Gönner
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem „3. Monitoring-Bericht Bauabfälle“ vom 31. Oktober 2003 der Bauwirtschaft eine Gefährdung der Existenz des güteüberwachten Baustoff-Recyclings durch überzogene umweltrelevante Anforderungen an die Qualität der verwendeten Baustoffe, und ist die Bundesregierung bereit, zum Erhalt des Baustoff-Recyclings der Bauwirtschaft in Bezug auf die Grenzwerte der Bodenschutzverordnung entgegenzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

11. Abgeordneter
Hartwig Fischer
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die allgemeinen Vergabekriterien der EU-Gelder für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Demokratischen Republik Kongo vor?
12. Abgeordneter
Hartwig Fischer
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung bezüglich der Vergabekriterien von EU-Haushaltsmitteln bei einem Auftrag in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar an die US-Firma „Louis Berger International“ für den Straßenbau in der Demokratischen Republik Kongo (vgl. die tageszeitung vom 4. November 2003)?
13. Abgeordnete
Conny Mayer
(Baiersbronn)
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien legt die Bundesregierung zur Berechnung der Mittel zur HIV/Aids-Bekämpfung an, und wie begründet sie diese Auswahl?

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordnete
Conny
Mayer
(Baiersbronn)
(CDU/CSU) | Inwieweit hat die Bundesregierung im Jahr 2000 ihre Kriterien verändert, nach denen die Mittel zur HIV/Aids-Bekämpfung errechnet werden, und ist dadurch der Etat zur HIV/Aids-Bekämpfung nominell gestiegen? |
| 15. Abgeordnete
Sibylle
Pfeiffer
(CDU/CSU) | Wie hoch wären die aktuellen bilateralen und multilateralen Ausgaben im Bereich HIV/Aids-Bekämpfung, wenn man die Kalkulation der im Jahr 1999 geltenden Berechnungskriterien zu Grunde legt? |
| 16. Abgeordnete
Sibylle
Pfeiffer
(CDU/CSU) | Werden die Mittel, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose zur Verfügung stellt, vollständig den Ausgaben für HIV/Aids zugerechnet, und wenn ja, trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass nur 60 % der Mittel des Globalen Fonds für HIV/Aids-Bekämpfung ausgegeben werden? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|--|
| 17. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(FDP) | Welche Bundesministerien waren an der Vorbereitung der Reise des Bundeskanzlers Gerhard Schröder in die Volksrepublik China im Dezember 2003 beteiligt? |
| 18. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(FDP) | Welche Initiativen beabsichtigt die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EU zu ergreifen, um das Rüstungsembargo gegenüber der Volksrepublik China aufzuheben, wie der Bundeskanzler Gerhard Schröder bei seinem Aufenthalt in der Volksrepublik China im Dezember 2003 vorgeschlagen hat? |
| 19. Abgeordneter
Karl-Theodor
Freiherr von und
zu Guttenberg
(CDU/CSU) | Besteht ein Konsens zwischen der Bundesregierung und ihren EU-Partnern über eine mögliche Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China?*) |

*) Siehe hierzu auch Frage 31.

20. Abgeordneter
**Georg
Fahrenschon**
(CDU/CSU)

Wie schätzt die Bundesregierung die jetzt vorliegenden Vorschläge des Konvents bezüglich der europäischen Währungsordnung und insbesondere die Vorschläge der EU-Kommission an die Regierungskonferenz ein, eine Art „Ermächtigungsklausel“ einzuführen, wonach der Europäische Rat einstimmig bestimmte Elemente der Währungsverfassung mit Zustimmung des Europäischen Parlaments ändern können soll?

21. Abgeordneter
**Georg
Fahrenschon**
(CDU/CSU)

Wie wird sich die Bundesregierung in der Regierungskonferenz zu diesem Thema verhalten, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es aus deutscher Sicht nicht akzeptabel ist, dass die Ratifikation von Vertragsänderungen im Kernbereich der Währungsordnung durch den Deutschen Bundestag nicht mehr erfolgen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

22. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, wie vom Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, vorgeschlagen (vgl. Berliner Zeitung vom 27. Oktober 2003), die Altersversorgung von Staatssekretären und Ministern des Bundes zu überprüfen, und zu welchen Erkenntnissen und Ergebnissen ist die Bundesregierung bei diesen Prüfungen gekommen?

23. Abgeordneter
**Ralf
Göbel**
(CDU/CSU)

Mit welchem Staat bzw. mit welcher zuständigen Stelle im Irak, auf dessen Territorium der Einsatz der Beamten der Grenzschutzgruppe (GSG) 9 des Bundesgrenzschutzes stattfindet, hat die Bundesregierung bzw. der Bundesminister des Innern das nach dem Gesetz über den Bundesgrenzschutz erforderliche Einvernehmen hergestellt?

24. Abgeordneter
**Ralf
Göbel**
(CDU/CSU)

Welche Rechte zur Anwendung von Waffengewalt durch Beamte der GSG 9 zum Eigenschutz und zum Schutz der Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks bestehen derzeit im Irak, und auf welcher Rechtsgrundlage beruhen gegebenenfalls diese Rechte?

25. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Welche Belastungen kommen auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger des Bundes durch die von den privaten Krankenversicherungen angekündigten beträchtlichen Beitragssteigerungen zu (siehe z. B. DIE WELT vom 26. November 2003), und wie wird die Bundesregierung diese Zusatzbelastungen bei der von ihr angekündigten Übertragung der Gesundheitsreformaßnahmen ins Beihilferecht berücksichtigen?

26. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in Folge ihres Beschlusses vom 3. Dezember 2003 zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Nachhaltigkeitsgesetz) auch eine Änderung der Regelungen zur beamtenrechtlichen Altersteilzeit nach dem Beamtenrechtsrahmen- bzw. dem Bundesbeamtengesetz vornehmen, und wie will sie das Institut der beamtenrechtlichen Altersteilzeit weiterentwickeln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

27. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Trifft die Berichterstattung im Nachrichtenmagazin „FOCUS“ Nr. 49 vom 1. Dezember 2003 zu, dass die Entwicklungskosten der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für den sog. virtuellen Arbeitsmarkt 77 Mio. Euro betragen und dass ein im Arbeitsamt München erprobtes System zur Internetsuche von Arbeitsangeboten auf Weisung der BA eingestellt wird?

28. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)

Trifft die Meldung in der „Bild“ vom 3. Dezember 2003 zu, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, innerhalb von 2 Jahren mehr als 11 Mio. Euro für eine Studie zur Erforschung der Akzeptanz der BA ausgeben will, und wenn ja, wie verträgt sich dies mit der von der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit und Imageanalyse der Bundesanstalt für Arbeit“ auf Bundestagsdrucksache 15/2108 behaupteten Eigenverantwortlichkeit der BA?

- | | |
|---|--|
| 29. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(FDP) | Nach welchen Kriterien erfolgt die Mittelzuweisung für den zweiten Arbeitsmarkt durch die BA zwischen den Bundesländern? |
| 30. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(FDP) | Wieso ergibt sich eine unterschiedliche Quote bei der Verteilung der Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt zwischen den einzelnen Bundesländern vor allem im Oktober 2003, obwohl die BA als Aufsichtsbehörde über die Mittelzuweisung eine lineare Kürzung beschlossen hat? |
| 31. Abgeordneter
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
(CDU/CSU) | Gibt es innerhalb der Bundesregierung einen Konsens über den Verkauf der Hanauer Plutoniumanlage an die Volksrepublik China?*) |
| 32. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos) | In welche Empfängerstaaten sind im Jahr 2002 Hermesbürgschaften für Rüstungsgüter gegeben worden, und auf welche Höhe belaufen sich die jeweiligen Deckungen? |
| 33. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos) | Wie hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, seine Zusage umgesetzt, sich für den Erhalt von ca. 100 Arbeitsplätzen bei der KBA-Berlin GmbH (Unternehmensgruppe Koenig & Bauer AG) in Berlin-Spandau einzusetzen, und was ist das Ergebnis seiner Bemühungen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

- | | |
|---|--|
| 34. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(FDP) | Ist die Bundesregierung mit der zuständigen Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, der Meinung, dass die vom Bundesrat beschlossene Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung nicht in Kraft treten sollte (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29./30. November 2003)? |
|---|--|

*) Siehe hierzu auch Frage 19.

35. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, sie werde keinesfalls die vom Bundesrat verlangte Änderung zu der von ihr vorgelegten Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung akzeptieren und die Verordnung deshalb nicht unterschreiben (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29./30. November 2003)?
36. Abgeordnete
**Dr. Christel
Happach-Kasan**
(FDP)
- Kann die Bundesregierung auf Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen ausschließen, dass die Boden- und Freilandhaltung von Legehennen mit Nachteilen für den Verbraucher- und Tierschutz verbunden sein kann?
37. Abgeordnete
**Dr. Christel
Happach-Kasan**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die These, dass mit der Boden- und Freilandhaltung häufig höhere Mortalitätsraten von bis zu 20 %, ein erhöhter Medikamenteneinsatz und verstärktes Schnabelkürzen bei Legehennen verbunden ist?
38. Abgeordnete
**Marita
Sehn**
(FDP)
- Wird die Bundesregierung den Forderungen nachkommen, eine großflächige Kampagne gegen die Käfighaltung und einen gezielten Verbraucherboykott zu starten?
39. Abgeordnete
**Marita
Sehn**
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wie sie u. a. von Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus, Mecklenburg-Vorpommern, vertreten wird, wonach der Antrag von Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen im Bundesrat einen Ausstieg aus der Käfigbatterie-Haltung sogar vor Ende 2006 möglich gemacht hätte, wenn die Verordnung unverzüglich erlassen würde (vgl. AGRA-EUROPE 48/03 vom 1. Dezember 2003)?
40. Abgeordnete
**Gisela
Piltz**
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die These, wonach nationale Alleingänge bei der Nicht-Eins-zu-Eins-Umsetzung der EU-Richtlinien 2001/88/EG und 2001/93/EG über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen keine Verbesserungen für den Tierschutz mit sich bringen, sondern lediglich die Produktion ins benachbarte Ausland vertreiben?

- | | |
|--|--|
| 41. Abgeordnete
Gisela
Piltz
(FDP) | Wird sich die Bundesregierung bei der Bewertung von Haltungssystemen für Legehennen einer ganzheitlichen Betrachtungsweise, die ökologische, ökonomische und soziale Kriterien umfasst, anschließen? |
| 42. Abgeordnete
Angelika
Brunkhorst
(FDP) | In welchen Bereichen geht der Beschluss des Bundesrates für die Schweinehaltung vom 28. November 2003 nach Ansicht der Bundesregierung über eine Eins-zu-Eins-Umsetzung der EU-Schweinehaltungsrichtlinie (Richtlinie 91/630/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen, geändert durch die Richtlinie 2001/88/EG des Rates vom 23. Oktober 2001 und die Richtlinie 2001/93/EG der Kommission) hinaus? |
| 43. Abgeordnete
Angelika
Brunkhorst
(FDP) | Kann die Bundesregierung bei der Umsetzung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung im Schweinebereich Wettbewerbsnachteile und die damit verbundenen Produktionsverlagerungen ins benachbarte Ausland ausschließen? |
| 44. Abgeordneter
Horst
Friedrich
(Bayreuth)
(FDP) | Welche Konsequenzen erwartet die Bundesregierung wegen der Nichtumsetzung der EU-Richtlinie zur Haltung von Nutztieren (Änderung der EU-Kommission vom 9. November 2001 des Anhangs der Richtlinie des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen – 91/630/EWG) und des damit möglicherweise verbundenen Vertragsverletzungsverfahrens der Europäischen Kommission? |
| 45. Abgeordneter
Horst
Friedrich
(Bayreuth)
(FDP) | Welche Strafen drohen in welcher Höhe im Falle eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen Deutschland? |
| 46. Abgeordneter
Jürgen
Türk
(FDP) | Welche wirtschaftlichen Konsequenzen erwartet die Bundesregierung für die deutschen Legehennenhalter, deren Investitionen in ihre Haltungssysteme, insbesondere in den neuen Ländern, noch nicht abgeschrieben sind, durch die Vorschriften der Bundesre- |

gierung, die deutlich über das hinausgehen, was die EU-Richtlinie zur Haltung von Nutztieren vorschreibt?

47. Abgeordneter
Jürgen Türk
(FDP)

Kann die Bundesregierung Insolvenzen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Brandenburg und anderen Ländern durch diesen nationalen Alleingang ausschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

48. Abgeordneter
Ulrich Adam
(CDU/CSU)

Wie viele Einheiten der deutschen Marine leisten Hilfe und Unterstützung zum Schutz der deutschen See und werden hierzu im Ostseeraum eingesetzt?

49. Abgeordneter
Ulrich Adam
(CDU/CSU)

Wie wirkt sich die Reduzierung von Einheiten ab 2004 auf die Einsatzfähigkeit, insbesondere bei der Hilfeleistung in See aus, und inwieweit ist unter Berücksichtigung des Jahresübungsplanes (JÜP) 2004 und der aus Bündnis- und Einsatzverpflichtungen resultierenden Nichtverfügbarkeit von Einheiten eine Unterstützung bei Hilfeleistungen in See durch die Marine gewährleistet?

50. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Über wie viele Streubomben verfügt die Bundeswehr ggf. gegenwärtig in Luftwaffe und Heer, und beabsichtigt die Bundesregierung die Waffen aus dem Bestand zu entfernen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

51. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Gemeinwohlverpflichtung gemäß Artikel 87e Abs. 4 Grundgesetz gegenüber der Deutsche Bahn AG (DB AG) dafür zu sorgen, dass durch die DB AG eine angemessene Versorgung aller Regionen Deutschlands mit Fernverkehrsleistungen erfolgt?

52. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise wird die Bundesregierung sicherstellen, dass im Schienenfernverkehr jenseits kurzfristiger betriebswirtschaftlicher Erwägungen langfristige strategische Entscheidungen zur Erschließung der Räume im zusammenwachsenden Europa umgesetzt werden?
53. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung mit der Deutsche Bahn AG die Finanzierungsvereinbarung für die ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt mittlerweile abgeschlossen?
54. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)
- Wenn nein, ist von dem beabsichtigten Baustopp der ICE-Trasse Nürnberg–Erfurt auch der S-Bahn-Ausbau Nürnberg–Erlangen–Forchheim betroffen?
55. Abgeordneter
Dr. Peter Jahr
(CDU/CSU)
- Werden Projekte im Bundesland Sachsen, insbesondere laufende Maßnahmen bzw. Projekte aus dem Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes, durch die fehlenden Mauteinnahmen zeitlich gestreckt bzw. verschoben, und wie wirkt sich diese Streckung bzw. Verschiebung auf den Bau der Bundesautobahn A 72 (Chemnitz–Borna) aus?
56. Abgeordneter
Peter Weiß (Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Werden bei dem im Rahmen des Anti-Stau-Programmes geplanten sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 5 zwischen Offenburg und Baden-Baden Verzögerungen auftreten, nachdem aufgrund der Einnahmeausfälle der Lkw-Maut im Bundeshaushalt 2004 Investitionsmittel aus dem Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in Höhe von 1,06 Mrd. Euro gesperrt worden sind, und wenn ja, wie wird sich dies auf Baubeginn und Baufortschritt der Maßnahme auswirken?
57. Abgeordneter
Peter Weiß (Emmendingen)
(CDU/CSU)
- Ist vor dem Hintergrund der Sperrung von Investitionsmitteln mit einer Vergabe des sechsstreifigen Ausbaus der Bundesautobahn A 5 zwischen Offenburg und Baden-Baden an ein Betreiberkonsortium im Wege der privat-öffentlichen Zusammenarbeit (Public-Private-Partnership) noch im Jahr 2004 zu rechnen?

58. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen der schriftlichen Stellungnahme der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, vom 23. September 2003, Aktenzeichen S11/06.26.10/3 BT 03, dass die Projekte des Bundesverkehrswegeplans Deutsche Einheit, mithin z. B. die ICE-Trasse Nürnberg–Coburg–Erfurt vorrangig und unabhängig von der Mauterhebung finanziert würden, mithin somit kein Zusammenhang zwischen Mauteinnahmen und den VDE-Projekten bestünde, und den Meldungen aus der „Süddeutschen Zeitung“, dort abgedruckt am 28. November 2003, Seite 21, wonach der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Dr. Manfred Stolpe, zur Kompensation der aufgrund der Mautausfälle entstandenen Haushaltslücke über eine neue staatliche Gesellschaft Milliardenkredite für Verkehrsinvestitionen aufzunehmen gedenkt?

59. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht
(Weiden)**
(CDU/CSU)

Mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung die Mindereinnahmen durch die Verzögerung der Lkw-Maut-Einführung zu kompensieren?

60. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht
(Weiden)**
(CDU/CSU)

Ist bei der Fertigstellung der Bundesautobahn A 6 zwischen Pfreimd und Amberg eine Verzögerung bis spätestens 2009 zu erwarten?

